

Europäischer Policy Brief

■ *Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Ver- und Misstrauen*

Soziale Bewegungen und Vertrauensbildung

Das sinkende Vertrauen in Politik ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen politischen und akademischen Thema geworden, und ExpertInnen sind damit befasst, die Hauptursachen und wirkungsvollsten Gegenmaßnahmen zu identifizieren. In dieser Debatte wird Bürgerbeteiligung als ein Schlüsselement zur Bewältigung der anhaltenden Vertrauenskrise heutiger Gesellschaften angesehen. Allerdings ist dies kein einfacher Ansatz, denn die Vertrauenskrise geht mit politischer Ernüchterung, Entfremdung und dem Rückzug der BürgerInnen einher. Tatsächlich neigen die BürgerInnen in vielen Ländern dazu, sich zunehmend von der traditionellen politischen Arena abzuwenden, zumal die Wahlbeteiligung gering ist. Gleichzeitig scheinen die verschiedenen politischen Arenen schlecht darauf vorbereitet zu sein, eine angemessene Beteiligung von BürgerInnen und Bürgern zu ermöglichen. Wie auch die jüngsten EU-Berichte zur Rechtsstaatlichkeit oder zur Anwendung der Grundrechtecharta zeigen, wurden traditionelle Arten der BürgerInnenbeteiligung in den letzten Jahren marginalisiert und in Frage gestellt. Der Rückgang bürgerlicher Freiheiten ist während der Pandemiekrise weiter vorangeschritten, denn die Versammlungsfreiheit und Teilhabemöglichkeiten wurden durch staatliche Stellen vielerorts einge-

schränkt. Gleichzeitig wurde die Rolle der repräsentativen Demokratie geschwächt, da die Initiativ- und Kontrollrechte der Parlamente reduziert wurden. Institutionen neigen zudem dazu, auf weniger herausfordernde Formen des Dialogs zurückzugreifen. Anstatt mit kritischen und kenntnisreichen sozialen Bewegungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kontakt zu treten, wendet man sich den individuellen BürgerInnen zu, denen in politischen Angelegenheiten oftmals die Mittel, die Expertise und das notwendige Wissen fehlen.

Dies ist jedoch nur ein Teil der Geschichte, denn gegenwärtig entstehen durch soziale Bewegungen in ganz Europa neue Formen der kollektiven Partizipation. Diese Bewegungen sind vor allem auf lokaler Ebene aktiv und können aufgrund ihres inklusiven Charakters und ihrer partizipativen Entscheidungsstrukturen viele BürgerInnen für unterschiedliche gesellschaftliche Themen mobilisieren. Gleichzeitig sind öffentliche Behörden, auch auf lokaler Ebene, unzureichend ausgestattet, um mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten zu können. Sie sind nicht dazu bereit oder nicht daran gewöhnt, konsequent auf Vorschläge oder Forderungen der Öffentlichkeit einzugehen. Allerdings zählen Rechenschaftspflicht, Transparenz, Offenheit und Kommunikationsfähigkeit zu den Schlüsselvoraussetzungen von Institutionen, um Vertrauen in Politik und Verwaltung sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund hat das EU-finanzierte EnTrust-Projekt einen Teil seiner Forschungsarbeiten der Rolle sozialer Bewegungen bei der Schaffung und Reproduktion von Ver- und Misstrauen gewidmet. Mit den hierdurch gewonnenen neuen Erkenntnissen über die Beziehung zwischen Misstrauen in Politik und Formen der kollektiven Mobilisierung sowie zum Einfluss sozialer Bewegungen auf die Vertrauensbildung wurde eine wichtige Forschungslücke geschlossen. Insbesondere wurden dabei qualitativ-vergleichende Daten erhoben, die zeigen, welche Möglichkeiten soziale Bewegungen haben, BürgerInnen, die Institutionen misstrauen, unter einem gemeinsamen Ziel zu mobilisieren und dadurch politische Veränderungen zu bewirken. Außerdem konnten wir Einblicke darüber gewinnen, wie sich Mitglieder sozialer Bewegungen die Erneuerung der Demokratie vorstellen und wünschen, und gewannen ein besseres Verständnis von Prozessen der Vertrauensbildung und Implementierung öffentlicher Politik.

Für diese Untersuchung wurden Fokusgruppen mit je zwei verschiedenen Mitgliedstypen sozialer Bewegungen („Kernmitglieder“ und „AnhängerInnen“) in folgenden Ländern durchgeführt: Tschechien, Dänemark, Deutschland, Italien, Griechenland, Polen und Serbien. Die Bewegungen wurden aufgrund ihrer demokratischen Eigenschaften ausgewählt, zu denen Inklusivität, Diskriminierungsfreiheit und die Einbeziehung der BürgerInnen in horizontale und dezentralisierte Entscheidungsprozesse zählten. Zudem mussten sie während der Forschungstätigkeiten aktiv sein. Die Themen der ausgewählten Bewegungen reichten von Umweltthemen, über Solidarität mit MigrantInnen und Frauen/LGBTIQ-Rechten bis hin zu Wohnraumfragen.

Sowohl die EnTrust-Forschung als auch unser ExpertInnen-Dialog mit VertreterInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft unterstreichen, dass das gestiegene bürgerliche Engagement in sozialen Bewegungen nicht nur als wichtige Form der kollektiven Partizipation zu deuten ist, sondern auch ein Symptom einer Vertrauenslücke zwischen Institutionen und BürgerInnen darstellt. Unsere Daten zeigen zudem, dass diese neuen Mobilisierungsformen nicht mit traditionelleren Formen in Opposition stehen: Die Kooperation sozialer Bewegungen mit NGOs ist sehr häufig, wird als vorteilhaft angesehen und geht auf geteilte Werte zurück. Die Mobilisierungen demokratischer sozialer Bewegungen streben positiven sozialen Wandel an. Zwar äußern ihre Mitglieder Misstrauen gegenüber bestehenden Institutionen, jedoch betrachten viele ein generelles Vertrauen als Grundvoraussetzung einer funktionierenden Gesellschaft.

Maßnahmen zur Wiederbelebung des Vertrauens der BürgerInnen in Institutionen werden auf allen Ebenen dringend benötigt. Daher haben wir im Folgenden eine Reihe erster Empfehlungen identifiziert.

#1: Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und Stärkung der demokratischen Rechte, einschließlich des Protestrechts

Die vollständige Gewährleistung bürgerlicher Freiheiten ist zentral für das Vertrauen der BürgerInnen in Regierungen. Die Europäische Union kann bei der Aufrechterhaltung von demokratischen Rechten und Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Rolle spielen. Dies ist insbesondere in Bezug auf Protest- und Partizipationsrechte der Fall, die in den vergangenen Jahren besonders unter Druck geraten sind. In

ihrem jährlichen „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit“ analysiert die Europäische Union die Existenz von Gewaltenteilung im Rechtsstaatssystem, was den zivilgesellschaftlichen Raum einschließt. Seit dem Jahr 2022 wurden spezifische Empfehlungen für mehrere Mitgliedsstaaten ausgesprochen. In Anbetracht der Wichtigkeit des zivilgesellschaftlichen Raums für das Vertrauen in Regierungen sind wir allerdings überzeugt, dass zukünftige Berichte dem Thema ein eigenes Kapitel widmen sollten, anstatt nur einiger Absätze im Abschnitt „Gewaltenteilung“. Ein solches Kapitel sollte auf Indikatoren beruhen, die rechtliche Rahmenbedingungen und Rechtspolitiken, Interaktionsfähigkeit von Institutionen mit sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, sowie die Entstehungsbedingungen für neue Bewegungen und Organisationen messen können. Auch die Einhaltung länderspezifischer Empfehlungen sollte im Laufe der Zeit überwacht und durchsetzbar gemacht werden. So würde der Überprüfungszyklus des Rechtsstaates das Bewusstsein der BürgerInnen und deren Vertrauen in die Europäische Union stärken.

#2: Die Verteidigung der lokalen Demokratie

Die lokale Demokratie ist die Ebene, auf der Regierungen den BürgerInnen näher sind und Entscheidungen einen greifbareren Effekt haben. Zudem entstehen soziale Bewegungen auf der lokalen Ebene und sie sind hier am aktivsten. Allerdings wird diese Wirkungsnahe derzeit durch die Tendenz zur Zentralisierung, die Fragmentierung verschiedener Machtebenen und die Unfähigkeit der lokalen Behörden, sich an neue Formen der Beteiligung anzupassen und auf die Bedürfnisse der BürgerInnen einzugehen, gefährdet. Zudem kämpfen lokale Regierungen häufig mit reduzierten

Kapazitäten und Ressourcen.

Die heutigen multiplen und interdependenten Krisen (zum Beispiel der Ukrainekrieg oder die ökologische Transformation) zeigen, dass Investitionen in die partizipatorische Demokratie besonders wichtig sind. Strukturelle Veränderungen sind von entscheidender Bedeutung, um die Auswirkungen auf Beschäftigung, soziale Inklusion und Migration zu mildern. Die EU sollte die Mitgliedsstaaten unter Druck setzen, ihre lokalen Demokratien zu sichern und zu fördern, indem sie dieses Thema im Dialog und in der Zusammenarbeit mit den lokalen staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft priorisiert.

Daher empfehlen wir, dass die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten konkrete Maßnahmen zur Verteidigung der lokalen Demokratie entwickeln. Solche Investitionen in die Demokratie sollten sowohl von der lokalen Ebene aus zur EU-Ebene hin initiiert werden als auch umgekehrt. Nur durch einen solchen Ansatz können Resilienz und gemeinsame Perspektiven innerhalb unserer Gesellschaften gefördert werden.

Anstatt lediglich, wie beim EU-Wiederaufbaufonds, in die Entwicklung von Infrastruktur oder Verwaltungs- und Justizkapazitäten zu investieren, sollte die EU auch durchgängig in die Förderung demokratischer Teilhabe involviert sein. Dies bedeutet, lokale Regierungen zu befähigen, mit der Zivilgesellschaft, diversen Organisationen oder sozialen Bewegungen zu interagieren, indem angemessene Instrumente und Ressourcen bereitgestellt und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft priorisiert werden. Die EU könnte ihr „Instrument für technische Unterstützung“ (das Programm zur Bereitstellung maßgeschneiderter technischer Unterstützung für die Entwicklung und Implementierung von Reformen in

EU-Mitgliedsstaaten) besser ausschöpfen, indem die Partizipation von und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft proaktiver unterstützt werden, ein dediziertes Vorzeigeprogramm mit eingeschlossen. Zudem könnte die EU die Regelungen für strukturelle Fonds so anpassen, dass sie stärkere Anforderungen an Partnerschaften beinhalten, und sicherstellen, dass dieser Aspekt ein wichtiger Bestandteil der Überprüfung des Wiederaufbaufonds wird. In diesem Kontext möchten wir betonen, dass soziale Bewegungen über umfassende Kooperationserfahrungen mit der Zivilgesellschaft und lokalen Verwaltungen verfügen und so oftmals zur Umsetzung konkreter Entwicklungspläne beigetragen haben.

Wir empfehlen zudem, dass die lokale Demokratie das Hauptthema der nächsten „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ (einer Zusammenführung von lokalen Kommunen, EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft) sein sollte.

#3: Wiederherstellung von Dialogkanälen und zivilgesellschaftlichem Raum

Die repräsentative Demokratie muss zwar als zentraler Garant der Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden, kann aber nur dann wirksam zur Vertrauensbildung beitragen, wenn parlamentarische Versammlungen oder Gemeinderäte durch einen strukturierten Dialog mit den BürgerInnen konsequent in der Lage sind, die Anliegen der Öffentlichkeit aufzugreifen.

Wie in der Schlusserklärung der „Konferenz zur Zukunft Europas“ betont wird, sollte die EU ihren BürgerInnen eine „umfassende staatsbürgerliche Erfahrung“ ermöglichen. Dazu sollte sie sicherstellen, dass die Stimmen der BürgerInnen – auch zwischen Wahlen – gehört werden, dass ihre Partizipation effektiv

ist und, dass das vorige Engagement und die Partizipation von BürgerInnen und Zivilgesellschaft von gewählten Volksvertretern als wichtige Basis für politische Entscheidungen genutzt werden. In ihrer Pressemitteilung zum „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022“ unterstreicht die Kommission, dass „... in einigen Mitgliedstaaten immer noch ein formeller Rahmen für die Konsultation von Interessenträgern [fehlt], was Anlass zur Sorge gibt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind dort außerdem nach wie vor mit Herausforderungen konfrontiert, etwa in Finanzierungsfragen sowie durch negative Narrative und Einschränkungen ihres Handlungsspielraums“.

Institutionen auf allen Ebenen müssen des Weiteren offener gegenüber Widerspruch und Kritik werden, wenn sie eine echte Verbindung mit der gesellschaftlichen Basis sichern wollen. Zudem sollten sie sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft im Ganzen stärker vertrauen.

Um Vertrauen wiederaufzubauen, sollten die EU und die Mitgliedsstaaten auf allen Ebenen vorteilhafte Bedingungen für die Zivilgesellschaft schaffen, inklusive der Bereitstellung angemessener Finanzierung und dem Zugang zu Finanzierungsquellen. Alle Werkzeuge und Mechanismen für eine demokratische Beteiligung der BürgerInnen sollten einander ergänzend bestärkt und erhalten werden.

Insbesondere sollte die EU ihren „Aktionsplan für Demokratie“ stärken, indem sie zur Entwicklung eines Kontinuums der Demokratie, von der lokalen bis zur EU-Ebene, und vice versa, beiträgt. Die EU sollte, von der EU-Ebene ausgehend, konkrete Maßnahmen zur Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur fördern, indem sie eine dedizierte Strategie für die demokratische Partizipation entwickelt und die Formen der Interaktionen mit sozialen

Bewegungen, der Zivilgesellschaft und BürgerInnen im Allgemeinen neu gestaltet.

Dies sollte Richtlinien für die Partizipation, Weiterbildungen für Staatsbedienstete und eine Reihe an innovativen und komplementären Werkzeugen für den Dialog mit zivilgesellschaftlichen sozialen Bewegungen und die Entwicklung anderer konkreter Partizipationsformen für BürgerInnen beinhalten.

#4: Die Entwicklung einer Beteiligungskultur

Aufgrund ihrer Organisationsstrukturen, ihres integrativen Charakters und ihrer Fähigkeit zur dezentralisierten Entscheidungsfindung leisten soziale Bewegungen einen wichtigen Beitrag zum Vertrauen in die Regierungsführung. Aufgrund ihrer konstruktiv-misstrauischen Haltung haben sie das Potenzial, zu einer Erneuerung der Strukturen zivilgesellschaftlicher Organisationen beizutragen und einen Wandel institutioneller Strukturen anzustoßen.

Für Entscheidungsprozesse kann es nur von Vorteil sein, wenn diese in allen Phasen und innerhalb aller Institutionen und Organisationen transparenter werden. Misstrauen ergibt sich oft aus ungleichem Zugang zu Entscheidungsprozessen und begünstigt Korruption. Auf EU-Ebene hat der Europäische Ombudsmann durch Untersuchungen und Berichte wichtige Reformen in Bezug auf die Transparenz der Entscheidungsfindung hervorgehoben, etwa die Gewährleistung des Zugangs der Öffentlichkeit zu den vorbereitenden Arbeiten des Europäischen Rates, die Verbesserung der zeitnahen öffentlichen Prüfung von EU-Dokumenten, sowie die Reform der Trilogie innerhalb von Entscheidungsprozessen zwischen den drei Institutionen.

Darüber hinaus müssen EntscheidungsträgerInnen auf allen Ebenen in die Kommunikation mit BürgerInnen und der Zivilgesellschaft investieren. Die Pandemiekrise hat gezeigt, wie unzureichende Kommunikation zu Misstrauen führen kann. Unsere ExpertInnengespräche haben auch Probleme im Dialog mit sozialen Bewegungen identifiziert. Dazu zählen sowohl eine mangelnde Klarheit darüber, was hinsichtlich verfügbarer Ressourcen oder rechtlicher Rahmenbedingungen erreicht werden kann als auch die Präferenz einiger EntscheidungsträgerInnen Entscheidungen im Alleingang zu fällen. Die EU könnte ein gegenseitiges Lernen ermöglichen und technische Unterstützung in diesem Bereich leisten, indem sie Weiterbildungen für EntscheidungsträgerInnen bereitstellt.

Unsere Erkenntnisse zu den internen Funktionsweisen sozialer Bewegungen haben gezeigt, dass Fachwissen und Wissenschaft im Kontext einer Pandemie, die mit wachsendem Misstrauen von BürgerInnen gegenüber der Wissenschaft einherging, in Dienste des öffentlichen Interesses stehen kann. Sie verdeutlichen aber auch, wie notwendig es ist, dass WissenschaftlerInnen sich im Rahmen einer demokratischen Debatte auch mit anderen Gruppierungen auseinandersetzen. Wir empfehlen Forschungsprogramme auf allen Ebenen, um die Zusammenarbeit von BürgerInnen und Zivilgesellschaft mit akademischen ExpertInnen weiter zu unterstützen und Forschungsarbeit zum Nutzen der Allgemeinheit zu fördern.

Forschungshintergrund: unterstützende empirische Daten

Unsere Politikempfehlungen basieren auf vergleichenden Forschungserkenntnissen und einem ExpertInnen-Politikdialog.

Die Forschungsergebnisse sind das Ergebnis koordinierter Feldforschung und Analyse in den sieben Ländern des EnTrust-Konsortiums. Das Arbeitspaket wurde von Irena Fiket vom Institut für Philosophie und Sozialtheorie der Universität Belgrad und ihrem Team geleitet und koordiniert. So wurde ein umfangreicher Datensatz generiert, der pro Land vier Fokusgruppen mit Mitgliedern sozialer Bewegungen umfasst. In jedem teilnehmenden Land wurden zwei soziale Bewegungen für die Analyse ausgewählt, basierend auf den zuvor festgelegten Kriterien (demokratische, derzeit aktive soziale Bewegungen, die sich mit ähnlichen Themen wie Umweltzerstörung oder Menschen- und sozioökonomischen Rechten befassen). Die Fokusgruppen fanden zwischen März 2021 und Mai 2021 statt; in jedem Land wurden jeweils zwei Fokusgruppen mit Kernmitgliedern der ausgewählten sozialen Bewegungen sowie ihren AnhängerInnen durchgeführt. Durch die Differenzierung zwischen „Kernmitgliedern“ und „AnhängernInnen“ konnten wir eine Reihe von Einstellungen, sowohl der mit allen Aktivitäten der Bewegung stark involvierten Menschen als auch der regelmäßigen UnterstützerInnen und engen SympathisantInnen, erfassen.

Mithilfe der Fokusgruppen erhielten wir qualitative Vergleichsdaten über die Fähigkeiten sozialer Bewegungen, das Misstrauen der BürgerInnen gegenüber Institutionen zu mobilisieren, es produktiv zu nutzen und schließlich in neue Praktiken der „aufgeklärten Vertrauensbildung“ umzuwandeln. Die gesammelten Daten zeigen die alternativen Visionen sozialer Bewegungen von Europa – als politischem und sozialem Raum – und alternative Wege zum (Wieder-)Aufbau von Vertrauen in seine Institutionen. Wir haben Einblicke in die Art und Weise gewonnen, wie diese sozialen Bewegungen mit etablierteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien

in Beziehung stehen; zudem untersuchten wir ihr Demokratieverständnis und ihre Meinungen darüber, wie demokratische Institutionen auf allen Regierungsebenen verbessert werden könnten. Insgesamt lieferten die gesammelten Daten wichtige Einblicke in die Beziehung zwischen der Vertrauens-/Misstrauensdynamik sowie der Teilnahme an sozialen Bewegungen und halfen uns, praktische Empfehlungen für die Vertrauensbildung in der Umsetzungsphase der öffentlichen Politik zu entwickeln. Im Anschluss an die Feldforschung wurde am 20. Juni 2022 ein ExpertInnen-Politikdialog organisiert. So konnten wir die Mechanismen von Vertrauen und Misstrauen noch besser verstehen und mögliche Lösungen und bewährte Verfahren identifizieren, um diese komplexen Beziehungen zu entwirren und darüber zu reflektieren, wie sie am besten adressiert werden können.

Zentrale Ergebnisse

Sowohl unsere Forschungsergebnisse als auch der Expertendialog haben die Komplexität von Ver- und Misstrauensbeziehungen deutlich gemacht. Obwohl es einige länderspezifische Ergebnisse gibt, deutet unsere Forschung auf das Vorhandensein allgemeiner Tendenzen, Probleme und Praktiken im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen und (Miss-)Vertrauen hin.

A) Die Mehrheit der Bewegungen ist in dezentralisierten Strukturen organisiert. Alle Bewegungen schätzen Dezentralisierung und Horizontalität und priorisieren deliberative Praktiken, erkennen allerdings auch die Herausforderungen rund um die Wirksamkeit und Durchführbarkeit solcher Strukturen an. Sie sehen sich selbst als ProtagonistInnen neuer politischer Praktiken, die auf Gleichheit und Inklusivität basieren. Unsere Ergebnisse

zeigen, dass die Dezentralisierung und die nicht-hierarchische Organisation sozialer Bewegungen die Merkmale sind, die die BürgerInnen am meisten anziehen. Letztere fühlen sich befähigter und sind eher bereit, sich in jenen Organisationen sozial zu engagieren, die Offenheit, Inklusivität und deliberative Strukturen fördern.

B) Die in den meisten Ländern vorherrschende Position der sozialen Bewegungen ist, dass allgemeines Vertrauen wichtig für eine funktionierende Gesellschaft ist, während „blindes“ oder „naives“ Vertrauen negativ gesehen wird. Vertrauen ist die Grundlage allen politischen Handelns, aber bedingungsloses oder blindes Vertrauen gegenüber Institutionen oder deren VertreterInnen gilt als negativ, da ein gewisses Maß an „gesundem“ Misstrauen gegenüber Institutionen wichtig für die Gewährleistung von kritischem Denken ist. Allgemeines Misstrauen gegenüber Institutionen wird vor allem deshalb negativ betrachtet, weil es zu Apathie und Unwillen der BürgerInnen, sich am sozialen und politischen Leben ihrer Gesellschaft zu beteiligen, führt.

C) Soziale Bewegungen bringen ein hohes Maß an Vertrauen in Fachwissen und Wissenschaft zum Ausdruck. ExpertInnen bieten tragfähige und durchführbare politische Vorschläge an, die die Bewegung weiter vorantreiben kann. Wissenschaftliche Erkenntnisse verhelfen Bewegungen zu Glaubwürdigkeit und Legitimation in der Öffentlichkeit. Die Quelle des Fachwissens liegt jedoch nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Praxis der Mitglieder der Bewegung. Während sich einige Bewegungen direkt auf die (wissenschaftlichen) ExpertInnen stützen, betonen andere ihre eigene Expertise als AktivistInnen, die ihr Wissen und ihre Fähigkeiten durch den täglichen Umgang mit betroffenen

Gemeinschaften und Institutionen erworben haben. Das bedeutet, dass Bewegungen auch eine wertvolle Wissensquelle sind, um auf die Bedürfnisse der BürgerInnen eingehen zu können. Soziale Bewegungen betonen, dass ExpertInnen nicht ausreichend an Entscheidungsfindungen beteiligt sind, die alltägliche Politik also nicht auf empirischen Fakten basiert.

D) Die Zusammenarbeit sozialer Bewegungen mit staatlichen Institutionen findet meist auf lokaler Ebene statt und hat aus Sicht der ForschungsteilnehmerInnen unklare negative Effekte auf das Vertrauen der BürgerInnen. Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen ist hingegen weit verbreitet, basiert oft auf gemeinsamen Werten und wird in der Regel als förderlich für das Vertrauen der BürgerInnen empfunden. Soziale Bewegungen glauben, dass staatliche Institutionen auf lokaler, nationaler und EU-Ebene etwas tun können – und sollten –, um das Vertrauen der BürgerInnen wiederherzustellen. Ihre Hauptideen beinhalten, dass lokale und nationale Institutionen offener gegenüber BürgerInnen und transparenter in ihren Entscheidungsprozessen werden sollten, dass sie verantwortungsvoller agieren müssen und direkter mit BürgerInnen, sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen kommunizieren sollten.

E) Soziale Bewegungen teilen die Forderung nach einem partizipatorischeren und direkteren Demokratiemodell. Dies soll erreicht werden, indem die rechtlichen Rahmenbedingungen im Interesse der Beteiligungsförderung geändert und Instrumente für eine direktere und unkompliziertere Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Soziale Bewegungen beobachten einen Mangel an Bereitschaft von Institutionen und VolksvertreterInnen, direkt

mit BürgerInnen in Kontakt zu treten, jedoch sind sowohl institutionelle als auch nicht-institutionelle Formen des Dialogs für eine gute demokratische Regierungsführung unerlässlich. Die Demokratie wird durch eine starke und aktive Zivilgesellschaft, das Engagement der BürgerInnen in sozialen Bewegungen, die Teilnahme an Petitionen, öffentlichen Konsultationen oder Referenden, die Kandidatur für politische Parteien bei Wahlen und die Teilnahme an Protesten und Demonstrationen wiederbelebt.

F) Den BürgerInnen fehlt es auch im Allgemeinen oft an angemessenen Informationen und politischer Bildung. Sie können durch soziale Ungleichheiten stark eingeschränkt sein und auch dazu neigen, Entscheidungen auf der Grundlage von Emotionen und Affekten zu treffen. Dies legt den Institutionen die zusätzliche Verantwortung auf, Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass die Maximierung rationaler Deliberation sichergestellt wird. Den sozialen Bewegungen zufolge sollten die Institutionen mehr tun, um die BürgerInnen zu erreichen und mit einzubeziehen. Institutionen sollten sich in gegenwärtigen Gesellschaften für die Verbesserung der Bildung für das bürgerliche und politische Leben einsetzen. Sie sollten auch stärker daran arbeiten, den Zugang zu und die Qualität von Informationen zu verbessern. Das institutionelle System sollte reformiert werden, um transparenter und bürgerfreundlicher zu werden. Auf lokaler Ebene sind Formen direkter Partizipation erwünscht, um Gesellschaften einer partizipativen Demokratie näher zu bringen.

Forschungskontext und Projektinformationen

Das EnTrust-Projekt wurde von der EU im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogrammes Horizont2020 (Vertragsnummer: 870572) gefördert. Die in diesem Policy Brief präsentierten Ergebnisse und Empfehlungen basieren auf dem Bericht „Integrated Report on the Role of Democratic Social movements“ und dem Fachgespräch zwischen dem Forschungsteam und den folgenden ExpertInnen: Adrien Licha (European Association for Local Democracy), Alexandrina Najmowicz (European Civic Forum), Gordana Rammert (Ratsmitglied der Stadt Bielefeld und Mitglied des Young Elected Politicians Programme des Europäischen Ausschusses der Regionen), Helmut Scholz (Mitglied des AFCD-Ausschusses des Europäischen Parlaments) und Anelia Stefanova (CEE Bankwatch Network).

Das EnTrust-Konsortium besteht aus acht Partnerteams, die in sieben Ländern (Tschechien, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Italien, Polen und Serbien) und auf EU-Ebene forschen und arbeiten. Sein Arbeitsplan setzt sich aus sieben Arbeitspaketen zusammen, die sich der systematischen Analyse und Reflexion verschiedener Aspekte des Themas widmen:

1. Theoretische und normative Grundlagen von Vertrauen und Misstrauen
2. Vertrauen und Misstrauen in Alltagsinteraktionen mit der öffentlichen Politik
3. Die Rolle demokratischer sozialer Bewegungen bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen
4. Die Rolle der Medien bei der Bildung von Vertrauen und Misstrauen: Information oder Polarisierung?
5. Entwicklungspsychologische Einsichten in Vertrauen und Misstrauen

6. Die Beurteilung des Vertrauens und Misstrauens von BürgerInnen in die Politik: Formen, Ursachen, Effekte und Lösungen
7. Zivilisierung von Vertrauen und Misstrauen: Vorbilder und Empfehlungen

Weitere Arbeitspakete widmen sich der Veröffentlichung, den Nutzungsmöglichkeiten und der Kommunikation von Forschungsergebnissen, sowie deren Management und ethischen Fragen.

Weitere Informationen zum EnTrust-Projekt sind unter www.entrust-project.eu verfügbar.

Konsortium:

[Civil Society Europe](#) (Brüssel, Belgien)

[Masaryk Universität](#) (Brno, Tschechien)

[Panteion Universität für Sozial- und Politikwissenschaften](#) (Athen, Griechenland)

[Universität Belgrad, Institut für Philosophie und Sozialtheorie](#) (Serbien)

[Universität Kopenhagen](#) (Dänemark)

[Universität Siegen](#) (Deutschland)

[Universität Siena](#) (Italien)

[Universität Warschau](#) (Polen)

Kontakt

Prof. Dr. Christian Lahusen
Projektkoordinator
Universität Siegen
Seminar für Sozialwissenschaften
Adolf-Reichwein-Str. 2
D- 57068 Siegen – Germany

E-Mail: entrust@uni-siegen.de

Carlotta Besozzi
Projektpartner
Civil Society Europe
Rue du Congrès 13,
B- 1000 Brussels – Belgien

E-Mail: contact@civilsocietyeurope.eu

Social Media Links



Projektinformationen

Art des Projekts: Gemeinschaftsprojekt
Aufruf: H2020 SC6 GOVERNANCE-01-2019: Trust in Governance
Starttermin: Februar 2020
Dauer: 48 Monate
Koordinator: Prof. Dr. Christian Lahusen, Universität Siegen
Fördervereinbarung Nr.: 870572
EU-finanziertes Projektbudget: 2,978,151.25 €



Dieses Projekt wurde mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizont 2020" der Europäischen Union unter der Finanzhilfvereinbarung Nr. 870572 gefördert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wider.

www.entrust-project.eu